

Freie Demokraten

Ortsverband
Telgte **FDP**

Telgter Themen

An alle Haushalte



Zwei Jahre Ampelkoalition

Zwei Jahre ist es her, dass SPD, Grüne und FDP im Dezember 2021 ihren Koalitionsvertrag und damit die Grundlage für ein gemeinsames Regieren vorgelegt haben. „Mehr Fortschritt wagen – Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit“. Bereits sein Titel und, ja, auch die Reminiscence an das bekannte Wort Willy Brandts („Wir wollen mehr Demokratie wagen!“) ließen auch mich auf ein ambitioniertes Regierungsprogramm hoffen. Schließlich waren wir Freie Demokraten dafür angetreten, unser Land endlich moderner, digitaler und freier zu machen. Um unseren Wohlstand zu erhalten, durfte vieles nicht bleiben, wie es war. Davon war (und bin) ich persönlich zutiefst überzeugt. Und ich gestehe: einerseits hatte ich erhebliche Zweifel, dass wir als kleinster Partner mit der SPD und den Grünen die nötigen Reformen umsetzen können. Zugleich aber sah ich in der Unterschiedlichkeit unserer Parteien auch eine Chance: dass nämlich zwischen uns ausgehandelte Kompromisse von einer breiten gesellschaftlichen Mehrheit getragen würden.

Und das Ergebnis konnte sich, wie ich finde, wirklich sehen lassen. Natürlich mussten auch wir Freie Demokraten schmerzhaft Kompromisse eingehen, aber insgesamt

steuerte der Koalitionsvertrag unser Land in die richtige Richtung. Deshalb habe ich ihm auf dem Bundesparteitag am 5. Dezember 2021 auch aus Überzeugung zugestimmt.

Schon wenige Wochen später aber lebten wir in einer anderen Zeit. Russland hatte die Ukraine überfallen und den Krieg zurück nach Europa gebracht. Von jetzt auf gleich musste die Politik in den Krisenmodus wechseln. Auf einmal ging es darum, die Gasversorgung in Deutschland sicherzustellen und die über Jahrzehnte vernachlässigte Bundeswehr mittelfristig verteidigungsbereit zu machen. Zusätzlich stieg die Zahl der Schutzsuchenden 2022 allein in Deutschland sprunghaft auf über drei Millionen an, was Bund, Länder und Kommunen bis heute vor gewaltige Aufgaben stellt. All dies darf man nicht vergessen, wenn man nach zwei Jahren Ampelkoalition ein erstes Fazit zieht.

Wissenschaftler der Bertelsmann Stiftung und der Universität Tübingen haben jetzt eine Studie veröffentlicht, in der sie sich mit dem Koalitionsvertrag beschäftigen und eine Halbzeitbilanz der Ampelkoalition ziehen. Anders als in der öffentlichen Wahrnehmung, stellen die Experten der Regie-

rung jedoch ein gutes Zeugnis aus:

„In den ersten 20 Monaten ihrer Regierungsarbeit hat die Ampel-Koalition bereits knapp zwei Drittel (64 Prozent) ihres sehr ambitionierten Koalitionsvertrages entweder umgesetzt (38 Prozent) oder mit der Umsetzung begonnen (26 Prozent).“

(Quelle: Bertelsmann-Stiftung, Mehr Koalition wagen - Halbzeitbilanz der Ampel-Koalition zur Umsetzung des Koalitionsvertrages 2021, S. 8)

Insgesamt zählen die Wissenschaftler im Koalitionsvertrag 453 Regierungsversprechen und damit über 50 Prozent mehr versprochen mit dem Koalitionsvertrag der letzten großen Koalition (2018). Hiervon wurden 174 Projekte bereits voll oder teilweise umgesetzt und damit zur Mitte der Legislatur mehr erreicht als unter der Vorgängerregierung. Schauen wir auf das Wahlprogramm der Freien Demokraten, so konnten wir der Studie nach 45 unserer Wahlversprechen im Koalitionsvertrag unterbringen, von denen 21 bereits abgearbeitet wurden. Die Grünen haben 20 von 72, die SPD 10 von 19 Wahlversprechen umgesetzt. Hervorzuheben aus dem Erreichten sind aus Sicht der SPD-Anhänger sicher die Erhöhung des

Mindestlohns und für die der Grünen vor allem der beschlossene Kohleausstieg und die stärkere Förderung der erneuerbaren Energien. Für uns Freie Demokraten waren zum Beispiel das Einhalten der Schuldenbremse und der Abbau von Bürokratie besonders wichtig, um schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren zu ermöglichen. Hervorzuheben sind meines Erachtens aber auch die Wahlrechtsreform, die den Bundestag künftig deutlich kleiner und damit effizienter und kostengünstiger machen wird. Und das am 18. November in Kraft getretene Einwanderungsgesetz. In Zeiten von Fachkräftemangel brauchen wir Zuwanderung in unseren Arbeitsmarkt. Wer gut ausgebildet ist und eine Stellenzusage hat, kann jetzt zu klaren Regeln zu uns kommen, um hier zu arbeiten. Ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung und ein Beitrag, um unser Land moderner zu machen und unseren Wohlstand zu erhalten.

Zur Bertelsmann-Studie:



Dr. Oliver Niedostadek

Neues zum Baugebiet Telgte Süd

Vor ziemlich genau einem Jahr hatte die FDP-Fraktion einen Gesprächstermin beim Bürgermeister. Grund war der Bebauungsplan Telgte Süd. Zu dem Zeitpunkt war die Vermarktung der vier großen städtischen Baufelder in dem Baugebiet im Rahmen des von der Stadt gewählten Konzeptvergabeverfahrens endgültig gescheitert. Es gab für die Baufelder keinen Investor; die Stadt stand mit leeren Händen da. Wir haben in dem Gespräch beim Bürgermeister u.a. auch den Gedanken vorgetragen, über eine Änderung des Bebauungsplanes die Flächen für einen Investor attraktiver zu machen, ihn nicht in ein „so enges Korsett“ zu pressen. Diese Überlegungen wurden vom Bürgermeister unmittelbar zurückgewiesen mit dem Hinweis, der Bebauungsplan sei ja gerade erst in Rechtskraft getreten, da könne er doch nicht sofort wieder geändert werden.

Ein Jahr später war jetzt der Bebauungsplan Telgte Süd überraschend in der letzten Sitzung des Ausschusses für Planen, Bauen und Umland am 23.11.2023 Gegenstand der Diskussion und Entscheidung. Es steht die Überarbeitung des Bebauungsplanes, also die Planänderung an. Aufhänger hierfür ist die wärmetechnische Erschließung der Grundstücke. Nach unserem Kenntnisstand und Informationen war die Versorgung der Grundstücke mit einem Kalten Nahwärmenetz geplant. Leider hat man in diesem Zusammenhang schlicht und ergreifend das dazu erforderliche Technikgebäude vergessen zu planen und im

Bebauungsplan abzubilden. Das Gebäude hat die Größe einer Doppelgarage. Da der Kreis Warendorf für dieses Gebäude keine Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes gewährt, ist die Planänderung erforderlich. Und im Zusammenhang mit dieser Planänderung wird jetzt der gesamte Plan noch einmal überarbeitet. Ein Zitat aus der Sitzungsvorlage zur Änderung: „Diese Konzeption kann aus städtebaulichen Gesichtspunkten für das neu entstehende Quartier als kritisch eingestuft werden.“ So eine Äußerung nach jahrelanger Planung macht dann doch ziemlich sprachlos. Die Mehrheit im Ausschuss hat den beabsichtigten Planän-

derungen wie erwartet zugestimmt. Wir können nur hoffen, dass der überarbeitete Plan besser wird. Wir haben ihm dennoch unsere Zustimmung nicht gegeben. Das

gesamte seit 2016 laufende Verfahren zu Telgte Süd ist so schlecht geseenen, dass es keine Zustimmung unsererseits verdient hat.

Karin Horstmann



Deutschland und die FDP?

Schauen wir uns die Wahlergebnisse der vergangenen Wahlen an, dann fällt nicht nur der starke Zugewinn der Populisten auf. Darf man eigentlich noch Populisten sagen. Angeblich sind diese ausgeprägten Gesellschaftskritiker doch in der sogenannten „Mitte der Gesellschaft“ angekommen.

Ist das wirklich die Mitte der Gesellschaft, die keine Grenze mehr zwischen Antisemitismus und kritischem Geist ziehen kann? Kann es wirklich sein, dass die „Mitte der Gesellschaft“ lieber im warmen Heim zuschaut, wie Menschen im Mittelmeer ertrinken? Und will die „Mitte der Gesellschaft“ wirklich, dass wir unseren europäischen Partnern den Rücken zeigen und unter dem Motto „Deutschland first“ einem amerikanischen Blondschof in seiner Blödheit folgen?

Das glaube ich nicht, aber diese einfachen Wahrheiten, die uns leicht über die Lippen kommen täuschen nicht darüber hinweg, dass Deutschland dringend tiefgreifende Veränderungen benötigt: Endlich einen echten Bürokratieabbau, neue Rahmenbedingungen für die Wirtschaft mit einem klareren marktwirtschaftlichen und natürlich auch ökologischen Fokus, ein echtes Voranbringen der Digitalisierung, eine klare und deutliche Sicherheitspolitik, eine Asyl-

politik, bei der nicht nur ein Geben, sondern auch ein Nehmen gilt, eine Außenpolitik die im Geiste eines H.D.Genscher die Diplomatie in den Vordergrund stellt und eine Umweltpolitik, bei der die Bürger folgen können.

Diese Themen sind nicht leicht anzugehen. Echter Bürokratieabbau, geht das überhaupt noch? Ja, wenn wir die Digitalisierung ernst meinen, dann kann das geschehen. Nur mehr Geschwindigkeit muss sein. Und diese erreichen wir nicht, wenn die Ampelparteien zu sehr miteinander streiten. Und übrigens auch nicht, wenn im Parlament zu sehr auf Populisten eingegangen werden muss. Warum nicht mehr digitalisiertes bürgerschaftliches Engagement in diese Prozesse integrieren. Nicht herrschaftlich wie im Mittelalter sondern partizipativ!

Rahmenbedingungen sind wichtig und müssen stimmen. Und wenn Energie auf Dauer teurer wird, weil wir CO-2 reduzieren müssen, dann muss diese teurer werden und wir müssen alternative Energieformen finden. Dafür könnte ein kluge Zertifikatslösung dienen. Am wichtigsten ist doch, dass wir den CO-2-Ausstoß reduzieren und nicht exakten Energieverbrauchsvorgaben folgen. Und eine Energiekosten-Senkung für die Industrie ist nicht nur ein Heftpflaster. Es ist auch die Simulation einer Umwelt, die nicht

im Ansatz nachhaltig ist und damit nur dafür sorgen kann, dass die Verlagerung dieser Industrien noch staatlich subventioniert wird.

Sind wir wirklich so sehr auf Großkonzerne angewiesen oder benötigen wir nicht eine Stärkung des Mittelstandes? Schauen wir auf die wirklichen Innovationen, dann entstehen diese in kleineren und mittelständischen Unternehmen. Und diese benötigen die richtigen Rahmenbedingungen. Wir benötigen Gesetze, die es gerade dem Mittelstand ermöglichen innovativ zu bleiben. Einem Großkonzern macht das Lieferkettengesetz nicht viel aus. Ein Mittelständler hat teilweise nicht einmal die Kapazitäten, überhaupt zu verstehen, was damit gemeint ist. Vielleicht muss man auch zur Not darüber nachdenken, dass man aus Staaten, die keine nachhaltigen Produktionsweisen garantieren können, mit Zöllen arbeiten. Das ist zwar aus dem Mittelalter, aber einige Staaten sind in ihrer gesellschaftlichen Entwicklung auch noch nicht so weit.

Selbstverständlich dürfen wir nicht zuschauen, wie Menschen im Mittelmeer ertrinken, weil sie in ihrer Heimat keine Bleibe mehr finden. Und wie soll man jemandem erklären, der in Ghana hört, dass wir keine Kellner mehr haben, dass wir keine Pflege-

kräfte mehr haben, dass wir keine einfachen Kräfte mehr finden, dass er sich nicht auf den Weg macht, um seine Arbeitskraft dafür anzubieten. Und warum lassen wir die Menschen, die ankommen, dann monatelang in Lagern (sogenannten Flüchtlingsunterkünften) ausharren, bis wir ihnen die einfachste und effektivste Form der Integration anbieten: Die Arbeit?

Klarere und partizipativere Strukturen bei der bürgerlichen Gestaltung der Gesellschaft, mittelstandsorientierte Rahmenbedingungen für eine sauberere Wirtschaft und effektivere Methoden beim Umgang mit der Migration braucht Deutschland. Und vor allem eine Politik, die dem Bürger wieder das Gefühl gibt, dass er ein freies, eigenständiges und souveränes Mitglied der Gesellschaft sein kann. Also Deutschland benötigt eine zutiefst liberale Politik. Das müssen wir als Mitglieder, Förderer oder Unterstützer der FDP täglich neu von unserer Parteispitze einfordern. Wir wissen, dass unsere Vertreter die Medien nicht uneingeschränkt an ihrer Seite haben und diese Wahrheiten nicht den Nachhall haben, den sie benötigen. Deswegen sind wir alle – jeder einzelne – gefordert, unsere Vertreter im Lande wie im Bunde zu unterstützen und zu erinnern, was echte liberale Politik ist.

Dr. Klaus Strautmann
Telgte, den 27.10.2023

Geldverschwendung am Dümmert: doch noch ein später Teilerfolg der FDP

Die Baumaßnahmen am Dümmert haben verschiedene Ausschüsse und den Rat der Stadt Telgte lange beschäftigt. Es sollte hohe Fördermittel des Landes für die verschiedenen Baumaßnahmen geben und wenn Verwaltung und Rat das Wort Fördermittel hören, bleibt leider oft die Vernunft auf der Strecke. So auch hier. Der aufwändig angelegte Weg auf „Klein Borkum“ hat nicht einmal das erste Hochwasser überstanden. Das Foto zeigt den Zustand des neuen Weges am 18.11.2023, nachdem das Hochwasser wieder zurückgegangen war.

Die Verlegung des Spielplatzes vom Emswehr auf die höher gelegene Grünfläche am weißen Pavillon fand in der Politik einstimmig Zustimmung; seit Jahren bot der so oft vom Emshochwasser überspülte Spielplatz ein trauriges Bild. Neben der Tatsache, dass Kinder über einen längeren Zeitraum dort

die Spielgeräte nicht bespielen konnten, waren auch die jedesmal entstandenen Kosten für die Säuberung und Wiederherrichtung des Spielplatzes ein großes Ärgernis. Also insoweit alles in Ordnung.

Was die FDP nicht mittragen wollte, war die zusätzlich geplante Sanierung des Hagens entlang der Ems vom Emswehr bis zum Baßfeld. Trotz hoher Förderung durch das Land, hätte die Stadt selbst noch gut 150.000 Euro aus eigenen Mitteln zuschießen müssen. Damit hatten die anderen Fraktionen im Rat kein Problem. Aber uns war das einfach zu viel Geld, um den funktionierenden Hagen nur etwas schöner zu machen. Und die Kosten der Pflege dieser neuen Anlagen waren noch gar nicht kalkuliert; und würden im übrigen auch nicht finanziell gefördert.

All unsere Anträge in den letzten Jahren auf einen Verzicht dieser Baumaßnahme wurden von den anderen Fraktionen abge-

lehnt. Aber jetzt: Anfang 2023 erklärte der Kämmerer, die Stadt könne sich für den Dümmert Hagen den Eigenanteil nicht mehr leisten; das Geld für die Baumaßnahme sei einfach nicht mehr verfügbar. Die Stadt müsse im Hinblick auf die wegbrechenden Einnahmen unbedingt sparen, auf diese Baumaßnahme mit den hohen Kosten für die Stadt könne und müsse verzichtet werden. Das haben dann auch die anderen Fraktionen verstanden und akzeptiert. Wir haben mit einer solchen Kehrtwendung nicht mehr gerechnet, sind aber am Ende mit dem Ergebnis zufrieden, auch wenn die Unterstüt-

zung für unsere Anträge aus einer Richtung kam, aus der wir sie nicht erwartet hatten.

Karin Horstmann



Moritz Körner: Spitzenkandidat der NRW-FDP für das Europaparlament

Moritz Körner ist ein deutscher Politiker und Mitglied der Freien Demokratischen Partei. Er ist seit 2019 Mitglied des Europäischen Parlaments und gehört der Fraktion Renew Europe, der ehemaligen Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE), an. 2022 wurde er zum Generalsekretär der FDP NRW gewählt. Er ist Mitglied im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres und im Haushaltsausschuss. Außerdem ist er in den Delegationen für die Beziehungen zu China und Indien vertreten. 1990 wurde er in Wiesbaden geboren und ist in Langenfeld aufgewachsen. Nach seinem Abitur absolvierte er ein Freiwilliges Soziales Jahr im Landessportbund NRW, um im Anschluss an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf einen Bachelor in Sozialwissenschaften und einen Master in Politikmanagement, Public Policy und öffentliche Verwaltung an der NRW School of Governance der Universität Duisburg-Essen zu erwerben. Für seinen Erasmusaufenthalt machte er ein Praktikum in Brüssel,

bei dem er erste Eindrücke in die europäische Politik erhalten hat.

Von 2013 bis 2018 war Moritz Körner Landesvorsitzender bei den Jungen Liberalen NRW. Diese Zeit hat ihn politisch ganz besonders geprägt: „Die Idee eines ganzheitlichen Liberalismus, der neue Lösungen präsentiert, weltoffen und mutig ist, hat mich besonders begeistert und es war großartig, die 3.000 Jungen Liberalen in NRW beim Einsatz für diese Idee anführen zu dürfen.“ 2017 wurde Körner mit 26 Jahren zum jüngsten Abgeordneten in den Landtag NRW gewählt, wo er u.A. hochschulpolitischer Sprecher war.

Er setzt sich gegen Chatkontrollen ein, versucht Grundrechtverletzungen aufzudecken und zu bekämpfen, sowie die Verbrechensbekämpfungen europäischer und effizienter zu machen. Körner möchte offene Binnengrenzen, eine freie Presse und unabhängige Justiz überall in Europa. Er möchte, dass Europa mit dem Datenschutz und nicht mit dem Datenschutz seiner Bürger wirtschaftliche Erfolge feiert.

Für die Europawahl 2024 wurde der 33-Jährige einstimmig vom Landesvorstand NRW als Spitzenkandidat nominiert.

Elena Harbring



Schenken Sie
uns Ihr Vertrauen!

Impressum

Herausgeber: FDP Ortsverband Telgte
c/o Dr. Oliver Niedostadek,
Baßfeld 3 · 48291 Telgte

ViSdP: Dr. Oliver Niedostadek,
Baßfeld 3 · 48291 Telgte

Layout und Druck:
druckundmehr GmbH
Bahnhofstraße 10 · 48291 Telgte

Henning Höne: Gastbeitrag in der Welt vom 31.8.2023

Deutschland erscheint heute satt, antriebslos und reformmüde. Mit dieser selbstverordneten Bräsigkeit riskieren wir unseren aufgebauten Wohlstand, den wir jeden Tag mehr verbrauchen. Wir setzen damit längst unsere Zukunfts- und Anschlussfähigkeit aufs Spiel. Es ist Zeit, aus unliebsamen Erkenntnissen endlich Taten werden zu lassen. Es ist Zeit für Mut und die Weitsicht für eine grundlegende Erneuerung, bevor wir erneut sehenden Auges zum "kranken Mann Europas" werden.

Die deutsche Politik hat sich angewöhnt, Probleme nicht mehr zu lösen, sondern diese mit Geld zuzuschütten. "Bazooka", „Wumms“, „Doppel-Wumms“ sind die Chiffren jener verfehlten Politik. Egal, bei welcher Herausforderung der letzten Jahre, war das Vorgehen stets gleich: Mit staatlichen Hilfsprogrammen, Gas- und Strompreisbremsen, Energiepreispauschalen, Tankrabatten oder steuerfreien Inflationshilfen hat die öffentliche Hand strukturelle Reformen verweigert und gleichzeitig die universelle Anspruchshaltung an den allzeit zahlungskräftigen und spendablen Staat genährt.

Gleichzeitig erreicht das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Handlungsfähigkeit des Staates einen neuen Tiefstand. In einer Umfrage für den Deutschen Beamtenbund hielten nur noch 27 Prozent der Befragten den Staat für fähig, seine Aufgaben zu erfüllen.[1] Anspruch versus Wirklichkeit: Wie passt das zusammen?

Deutschland befindet sich längst in einer Abwärtsspirale. Was 2014 die Einführung der Rente mit 63 war, ist nun die Debatte über eine 4-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich: Ausdruck einer gefährlichen Realitätsverweigerung. Deutschland ist der OECD-Staat, in dem im Stundenvergleich am wenigsten gearbeitet wird.[2] Um den Wohlstand zu halten müssen wir wieder deutlich mehr arbeiten, nicht weniger – auch wenn das nicht populär ist. Dies gilt insbesondere in Zeiten eines grassierenden Fachkräftemangels.

Gleichzeitig erleben wir Höchstwerte bei den Steuereinnahmen. Viel zu oft landen diese Steuer-Milliarden in kruden Subventionen oder Förderprogrammen, die unsere soziale Marktwirtschaft endgültig ad absurdum führen. So gelingt beispielsweise die Neuan siedelung von Unternehmen im Rahmen der heutigen Wirtschaftspolitik scheinbar nur noch dann, wenn schlechte Standortbedingungen mit gigantischen

Subventionsbeträgen[3] kompensiert werden. Und zu welchem Preis?

Wir verlieren heute nicht mehr nur relativ an Wohlstand, indem andere Teile der Welt deutlich schneller wachsen als wir. Schlimmer noch: Jüngste Konjunkturaussichten belegen sogar einen wirtschaftlichen Abschwung.[4] Aus Kostengründen verlassen so viele deutsche Firmen den Heimatmarkt wie seit 15 Jahren nicht mehr.[5] Dies zeigt deutlich: Die bisherige wirtschaftspolitische Strategie besteht den Realitätscheck nicht. Ganz im Gegenteil.

Probleme dürfen nicht nur in teuer und hart erarbeitetem Steuergeld ertränkt und unsere Wettbewerbsfähigkeit kann nicht weiter "herbeisubventioniert" werden. Wir können nur durch die besten Rahmenbedingungen als Standort wieder langfristig attraktiv werden. Nur mit mutigen und un-bequemen Reformen wird uns gemeinsam eine marktwirtschaftliche Erneuerung gelingen.

Wir brauchen ein neues Politikverständnis. Probleme werden langfristig nicht durch Förderprogramme gelöst. Wir müssen durch Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft anstelle von plumper Staatsgläubigkeit zum Kern der sozialen Marktwirtschaft zurückkehren. Um im weltweiten Wettbewerb zu bestehen, müssen wir mehr tun, schneller und besser sein als andere. Insbesondere die Politik muss diesen Anspruch vorleben!

Wir müssen die Wirtschaftspolitik neu denken und die Vereinfachung des Steuersystems muss wieder im Mittelpunkt stehen. Der Verwaltungsaufwand wird beispielsweise gesenkt, indem wir das Steuersystem durch Überführung von steuerlichen Ausnahmen in Pauschalregelungen drastisch vereinfachen. Steuerliche Belastungen für Unternehmen müssen gesenkt werden, um ihnen Spielraum für Investitionen zu geben. Die Stromsteuer muss auf das europäische Mindestmaß sinken.

Wir brauchen ausnahmslos einen einheitlichen Mehrwertsteuersatz. Dass nach wie vor manche Lebensmittel und Produktgruppen mit 19 Prozent, andere jedoch nur mit sieben Prozent besteuert werden, führt unweigerlich zu hausgemachten Verzerrungen, Willkür und Intransparenz. Eine strikte Vereinheitlichung reduziert daher nicht nur Marktverzerrungen und bürokratische Belastungen für Unternehmen sowie die Steuerverwaltung, sie fördert vielmehr

auch den Wettbewerb.

Wir brauchen eine neue Verwaltungspraxis mit flächendeckend gesetzlichen Fristen für die Bearbeitung von Anträgen aller Art. Nach Ablauf der Frist gilt der Antrag, egal ob von Bürgern oder Unternehmen, als genehmigt. Schnellere Genehmigungen gibt es nicht mit mehr Personal in den Verwaltungen, sondern mit weniger Genehmigungspflichten. Der dringend notwendige Genehmigungs-Turbo muss endlich gezündet werden.

Wir müssen den Föderalismus neu gestalten. Mit einer Fusion der Stadtstaaten und des Saarlands können Verwaltungskosten gesenkt und zugleich der Bundesrat reformiert werden. Dabei könnte der Bundesrat wie in Österreich zu einem Spiegelbild der Landesparlamente aufgewertet werden. Zusätzlich ist eine Reduzierung der gemeinsamen Zuständigkeiten erforderlich, die nur zu langwierigen Debatten und Formelkompromissen führen. Schluss damit, einen untragbaren Status Quo zu erhalten, nur weil der Mut zur grundlegenden Neuordnung fehlt.

Wir brauchen auch eine Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Kommunen, Ländern und dem Bund die eine klare und trennscharfe Aufgabenverteilung nach dem Grundsatz „Das Geld folgt den Aufgaben“ gewährleistet.

Sämtliche Förderprogramme zwischen staatlichen Ebenen werden in diesem Zusammenhang abgeschafft. Es bedarf einer neuen Europapolitik in der EU-Netto-Zahler künftig keine Mittel mehr aus europäischen Förderprogrammen erhalten. Das bedeutet ein Ende von Töpfen wie EFRE, ESF etc., die kaum noch jemand wirklich durchblickt. Im Gegenzug würden die Beiträge der Zahler-Länder erheblich gesenkt.

Wir brauchen eine neue Klimapolitik, in der sich das Ausstiegsdatum für Kohle nicht an naiven, fixen Jahreszahlen festmacht, sondern am tatsächlichen Ausbaurfolg von Erneuerbaren Energien. Wir müssen Kernenergie so lange wie nötig nutzen, das Pipeline-Netz für Wasserstoff ausbauen, die Biogasnutzung ausweiten, die Speicherung von Kohlendioxid im Untergrund ermöglichen und Schiefergas als potenzielle Energiequelle berücksichtigen. Ein größeres Energieangebot führt zu Unabhängigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und sinkenden Preisen. Wir brauchen eine neue Flüchtlings- und Migrationspolitik mit klaren Regeln.



Fehlende Ordnung und Steuerung nagen an der Akzeptanz des Rechtsstaats. Wird eine faire europäische Verteilung der Flüchtlinge (nach Einwohnern und Wirtschaftskraft) nicht unverzüglich umgesetzt, sollte Deutschland Zahlungen an die EU zurückhalten. Innerhalb Deutschlands brauchen wir zentrale Aufnahmeeinrichtungen, in denen die Antragsteller bis zum rechtskräftigen Entscheid über einen Asylantrag verbleiben.

Ein neues Sozialsystem muss treffsicher sein. Dazu werden Sozialleistungen künftig von einer einzigen zentralen Stelle erbracht. Dies reduziert den Verwaltungsaufwand, entlastet den Haushalt und schafft Transparenz für die Leistungsbezieher. Die Rentenpolitik muss an die demografische Entwicklung angepasst und das Renteneintrittsalter an die Lebenserwartung gekoppelt werden. Die Rente mit 63, die mittlerweile drei Milliarden Euro pro Monat kostet, können wir uns nicht leisten und muss unverzüglich rückabgewickelt werden. Die Agenda 2010 war die letzte wirklich mutige Reform im Land. Sie hat vielen Menschen einiges abverlangt, war aber gleichzeitig der entscheidende Treiber für den wachsenden Wohlstand der letzten Jahre. Doch was ist davon geblieben? Zu lange haben wir uns auf dem Wohlstand ausgeruht und ihn als selbstverständlich erachtet. Heute ist es offensichtlich: So kann es nicht weitergehen. Wir dürfen unsere Trägheit nicht weiter auf dem Rücken unserer Kinder und künftiger Generationen austragen und benötigen den Mut für ein Reformpaket, das die Agenda 2010 in den Schatten stellt. Sind wir bereit uns den drängenden Fragen nicht nur ehrlich zu stellen, sondern sie endlich auch beherzt anzupacken? Für mich ist klar: Deutschland benötigt kein Update. Deutschland benötigt ein neues Betriebssystem.

Henning Höne ist Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion und des FDP-Landesverbandes

Schön? Überflüssig!

Neue Pflanzbeete am Bahnhof

Manch einer mag sich die Augen gerieben haben. Am Bahnhof in Telgte mussten drei Parkplätze zwei neuen großen Pflanzbeeten weichen. Bei einem vor Monaten von der Verwaltung organisierten Spaziergang durch die Stadt wurden Bereiche in Telgte ausgemacht, die man verbessern bzw. verschönern könnte. Ein gefundener Punkt war die Verschönerung des Bahnhofsvorplatzes. 100.000 zu 100 % gefördert, also nicht auf Kosten der Stadt, sondern vom Geld aller Steuerzahler, sind im Laufe des Sommers in diese Maßnahme geflossen. Hätte es keine Fördergelder gegeben, wäre es also wahrscheinlich nichts geworden. Warum waren mit unserer Ablehnung allein im Ausschuss? Ein Bahnhof ist in erster Linie ein Verkehrsknotenpunkt. Man muss einen solchen mit allen Verkehrsmitteln errei-

chen können und sollte vor Ort zumindest kurz parken können, um z.B. Gepäck auszuladen. In Telgte ist das jetzt für weitere 3 Plätze Vergangenheit und das bei einer eh angespannten Parksituation in der Innenstadt. Wenn man dann noch den Zustand der Fahrradständer am Bahnhof und vieler anderer Grünstreifen ins Auge fasst, bekommt man kein gutes Gefühl, wie es bald um die neuen Pflanzbeete bestellt ist. Ob das Ganze schön wird, muss sich also noch zeigen, überflüssig ist es in unseren Augen auf jeden Fall.

Positiv bleibt zu erwähnen: Das neue Bild „Treffen in Telgte“ am Bahnhofsgelände ist nicht nur ein echter Hingucker, sondern verschlechtert auch nicht die Parksituation am Bahnhof.

Johannes Eickholt



Jetzt Mitglied werden!



„Unsere Herzen sind weit, aber unsere Möglichkeiten sind endlich“

Mit diesem Satz hat Altbundespräsident Joachim Gauck Stellung zu einer von Vernunft und Mitgefühl geleiteten Flüchtlingspolitik aufgerufen.

Quer durch alle demokratischen Parteien besteht Übereinstimmung, dass Menschen, die vor Krieg und Vertreibung ihre Heimat verlassen, ein Recht auf Asyl haben.

So steht auch die FDP zum Grundrecht auf Asyl und der individuellen Überprüfung des Bleiberechts. Wir stehen für offene Binnengrenzen innerhalb der EU, fordern aber eine konsequente Eingrenzung der unkontrollierten Einwanderung an den EU-Außengrenzen. Viele Kommunen, so auch Telgte, haben bei der Unterbringung und Versorgung der Asylbewerber vielfältige Probleme und sind akut überlastet. Es ist zu befürchten, dass die Zahl der Migranten noch weiter steigt. Zudem erleben wir, auf Grund des anhaltenden Krieges in der Ukraine, eine stetige Flüchtlingsbewegung aus diesem Land. Diese Geflüchteten haben als Kriegsflüchtlinge einen vorübergehenden Schutzstatus. Eine große Belastung und Zumutung für die Helfer, die bei der Betreuung an ihre physischen Grenzen kommen, als auch bei den Asylbewerbern, durch unzumutbare Unterkünfte und lange Wartezeiten.

Fehlende Wohnungen, Notquartiere in Containern und Sporthallen, fehlende Plätze an Kitas und Schulen und hohe Kosten überfordern letztlich alle und führen im Ergebnis zu Unmut und Radikalisierung.

Ein weiteres Problem ist die Belegung

der Unterkünfte durch hier anerkannte Flüchtlinge, die keine Wohnung und Arbeit auf dem freien Markt finden können. Sie erhalten finanzielle Unterstützung durch das Bürgergeld, blockieren aber die Plätze in den Unterkünften für nachrückende Flüchtlinge. Das bedeutet, neue Unterkünfte müssen von der Kommune geschaffen werden.

Die finanzielle Unterstützung der Kommunen durch Bund und Land kann dabei nur ein Hilfsbaustein sein. Eine rasche Integration der anerkannten Flüchtlinge in die Arbeitswelt und schnellere Anerkennungsverfahren sind sicherlich ein Baustein der Problemlösung.

So ist es Geflüchteten zukünftig möglich, nach Verlassen der Erstaufnahmeeinrichtung, nach drei Monaten eine Beschäftigung aufzunehmen. Bürokratische, behördliche Regelungen haben aber bisher dazu geführt, dass sich Arbeitgeber nicht um Geflüchtete bemüht haben. Die neue, durch FDP Initiative geforderte, Gesetzgebung der Bundesregierung führt eine Vereinfachung ein, so dass mit einer vermehrten Aufnahme beruflicher Tätigkeit der Asylsuchenden zu rechnen ist.

Ebenso fordern wir Freien Demokraten eine gesteuerte Einwanderungspolitik, mit dem neuen Fachkräfteeinwanderungsgesetz ist es uns, gegen viele Widerstände, gelungen, Arbeitskräfte aus dem Ausland für den hiesigen Arbeitsmarkt motivieren zu können.

Leider ist es so, dass die Politik lange diese

Probleme unterschätzt, oder verdrängt hat.

Die FDP fordert schon seit längerer Zeit ein moderneres Zuwanderungsgesetz nach kanadischem Vorbild, mit einem regelnden Punktesystem, welches eine gesteuerte Zuwanderung von Fachkräften und Ausbildungswilligen beinhaltet. Ewige Verfahren zur Anerkennung müssen effizienter werden, damit diejenigen, die kein Asylrecht haben, schneller abgeschoben werden können.

Die Politik der Rückführung von nicht anerkannten, oder nicht gedulden Flüchtlingen in sichere Herkunftsländer fand bisher kaum statt. Hier muß jetzt konsequent von Seiten der Bundesregierung mit Ländern in Nordafrika (Maghreb-Staaten) verhandelt werden, damit diese zu sicheren Herkunftsländern erklärt werden können. Mit den Staaten Moldau und Georgien ist dies schon, auf Drängen der FDP, gelungen. Irreguläre Migration muss beendet werden, damit wir den Menschen gerecht werden, die wirklich unseren Schutz brauchen. Wir müssen den Zustrom von Personen, die keine Chance auf Anerkennung haben, an den EU-Außengrenzen aufhalten und zurückweisen.

Der lebensverachtenden Schleuserkriminalität kann dadurch die Grundlage entzogen werden, um das sinnlose Sterben von tausenden Bootsflüchtlingen zu beenden.

Es muß aber auch klar sein, dass nicht schutzbedürftige Personen deutlich schneller auszuweisen sind. Die Bundesländer sollten die Ausländerbehörden in den Kom-

munen so stärken, dass sie in der Lage sind, das Rückführungsmanagement zügig durchzuführen. Dazu bedarf es mehr Unterstützung in den Behörden mit Personal und Ausstattung.

Durch Eingrenzung der sogenannten Pull-Faktoren sollen die Anreize zur Einreise nach Deutschland verringert werden.

Das bedeutet, Umstellung der Geldleistung auf Sachleistung, keine weitere Erhöhung der Sozialleistungen und Etablierung einer bundesweiten Bezahlkarte. Durch Kürzung der Geldleistungen für nicht anerkannte Asylbewerber, sollte der Anreiz nach Deutschland zu flüchten verringert werden. Unsere Sozialsysteme sind nicht für die Unterstützung von Wirtschaftsflüchtlingen ausgelegt.

Mit einem neuen europäischen Asylsystem, welches auch für eine gerechte Verteilung sorgt, kann die Aufnahmekapazität in Deutschland entlastet werden, die FDP hat dafür in der Koalition mit Erfolg gestritten.

Asylverfahren müssen fair, zügig und rechtssicher ablaufen. Durch den Neuanfang, mit einer geordneten Integrationspolitik, wollen wir zu einem modernen Einwanderungsland werden, um damit auch dem Fachkräftemangel zu begegnen.

Unser Land ist durchaus in der Lage, eine jährlich begrenzte Anzahl von Schutzsuchenden aufzunehmen und zu integrieren.

Dr.Hartmut Pfeiffer

Autofreier Marktplatz?

Das Thema eines autofreien Marktplatzes geht in großer Regelmäßigkeit immer wieder durch die öffentlichen und politischen Diskussionen unserer Stadt. Wie steht die FDP dazu?

Nun, es gibt wie überall unterschiedliche Meinungen und Interessengruppen zu diesem Thema. Eine entscheidende bilden aber die Telgte Ladenbetreiber am und im nahen Umfeld des Marktplatzes. Sie sind von einer Schließung am meisten betroffen. Tatsache ist: Nur durch erfolgreiche Ladengeschäfte kann die Innenstadt weiterleben und ein interessantes und buntes Angebot für Bürger und Touristen bieten. Und die FDP versteht sich als Vertreterin einer marktwirtschaftlichen und unternehmerischen Perspektive, die selbstverständlich darüber hinaus die Bedürfnisse der allgemeinen Bevölkerung im Fokus hat.

Was also liegt näher, als die Sicht und Meinung der Telgte Geschäfte in Marktnähe zum Thema „Autofreier Marktplatz“ in Form einer Befragung* einzuholen?

Sehr gerne und umfassend Auskunft geben 16 Geschäfte aus den Branchen Friseur, Mode, Tabak, Spielwaren, Tee/Kaffee, Reisebüro, Apotheke/Arzt, Lebensmittel, Schmuck/Juwelier. Die überwiegende Anzahl der Befragten (13 aus 16) möchte die Situation eher so belassen, wie sie sich derzeit darstellt*:

Selbstverständlich gibt es weitere Interessengruppen wie etwa Bewohner, Käuferinnen und Käufer, Touristen und andere, aber wir müssen in Telgte die Belange unserer Geschäftsleute ernst nehmen - ohne die Geschäfte und Lokale am Markt verliert unsere schöne Stadt ihr so oft gelobtes Flair!

*Anmerkung für Marktforscher: Convenience Sample, Befragte waren Inhaber / Mitinhaber oder Leiter der Geschäfte in einem

Soll so bleiben wie es ist: Noch mehr Einschränkungen bedrohen mein Geschäft

13 Stimmen

Zeitweise: Im Sommer oder zu bestimmten Anlässen für Autos schließen

2 Stimmen

Ist mir ehrlich gesagt egal - wir arbeiten nur nach Terminen

1 Stimme

„Face-to-Face“-Interview vor Ort im Ladenlokal.

Ausgewählte O-Töne:

„Endlich fragt uns mal jemand!“

„Falscher Zeitpunkt! Wir müssen jetzt erst einmal die 2 Jahre Baustelle überleben. Wenn wir dann noch existieren, kann ich über weitere Einschränkungen nachdenken. Bloß nicht jetzt!“

„Die Stadt muss zu den Zeitpunkten der Feste, Massenevents und verkaufsoffenen Sonntage gesperrt werden. Das ist extrem wichtig – passiert aber nicht! Dann ist es gefährlich, weil zu viele Leute da sind. Ansonsten soll es unbedingt so bleiben wie es ist.“

„Bitte bitte lassen Sie es wie es ist, auf keinen Fall noch mehr einschränken. Sagen Sie denen das mal.“

„Telgte ist unterirdisch – nicht mehr meine Stadt. Ich betreibe den Laden nun 20 Jahre, aber wenn Sie uns jetzt das bisschen Restverkehr auch noch nehmen, schließe ich! Dann muss ich schließen!“

„Das viel größere Problem sind die Radfahrer, die in beide Richtungen hier bei uns vorbei rasen und oft extrem rücksichtslos sind.“

„Bestimmte Zeiten sind in der Tat zu überdenken: Im Hochsommer und/oder am Wochenende/Sonntags einschränken, wäre ok für mich. Gerade an der Ecke Röstbar, da wo die Stühle nah an der Straße stehen und dann Kinder da sind ...“

„Wenn viel los ist, sind die Fahrräder ein riesiges Problem, die stehen dann überall rum und versperren die Durchgänge. Wenn Sie das mal weiter geben, wäre ich dankbar.“

„Sie werden es ja bald in Ostbevern sehen: wenn hier der Verkehr auch noch vollständig raus gehalten wird, geraten auch dort die Geschäfte in größere Probleme! Obwohl es so viele Negativbeispiele ausgestorbener Innenstädte gibt, wird immer noch an diesem Konzept aus den 80ern festgehalten. Zum Teil werden anderswo Fußgängerzonen ja schon aufwendig zurück gebaut, um Fehlentscheidungen zu korrigieren.“

Dr. Thomas Baaken



Mitgliederanwerbung – Freiheit braucht Verbündete!

Wir sind Freie Demokraten. Unser Antrieb ist die Zukunft. In Freiheit. In Selbstbestimmung. In allen Lebenslagen. Die vor uns liegenden Herausforderungen sind groß. Wir werden sie nicht alleine bewältigen können.

Wir stehen ein für

· Weltbeste Bildung für jeden

- Vorankommen durch eigene Leistung
- Selbstbestimmt in allen Lebenslagen
- Freiheit und Menschenrechte weltweit
- Politik, die rechnen kann und
- Nachhaltigkeit durch Innovation

Mit Ihrer Mitgliedschaft stärken Sie die Freien Demokraten und bekennen sich zum politischen Liberalismus. Sie haben Inter-

esse an Politik, konstruktiven Gesprächen und geselligen Abenden? Melden Sie sich gerne!

Wir veranstalten in unregelmäßigen Abständen einen politischen Stammtisch.

Bei Interesse melden Sie sich an: info@fdp-telgte.de Wir freuen uns auf Sie!

„Die Freien Demokraten stehen ein für Dich und Dein Recht, im Hier und Jetzt

auf die Weise glücklich zu werden, wie Du es möchtest. Und nicht, wie andere es Dir vorschreiben.“

Christian Lindner



Spitzenkandidatin der Bundes FDP für das Europaparlament

Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann ist eine deutsche Politikerin und Mitglied der Freien Demokratischen Partei. Sie ist Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages und hatte verschiedene politische Funktionen inne. Sie ist auch Vorsitzende des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen der FDP, Mitglied des FDP-Präsidiums, Mitglied des Vorstands der FDP-Bundestagsfraktion und Vorsitzende der FDP Düsseldorf.

Besonders macht sie sich für eine moderne Bundeswehr und eine zukunftsfähige Verteidigungspolitik stark.

1958 wurde sie in Düsseldorf geboren. Nach dem Abitur studierte sie Publizis-

tik, Politik und Germanistik an der LMU in München und promovierte hier zum Dr. phil. Danach war sie über 20 Jahre als Verlagsrepräsentantin im Vertrieb für den Jugendbuchverlag Tessloff tätig. Von 2008 bis 2014 war sie 1. Bürgermeisterin der Landeshauptstadt Düsseldorf. Von 2004 - 2023 Ratsfrau, von 2013 - 2019 war sie stellvertretende FDP-Bundvorsitzende und ist 2017 in den Deutschen Bundestag eingezogen.

Sie ist verheiratet und hat drei Kinder.

Sie setzt sich für ein modernes Einwanderungsgesetz nach kanadischem Vorbild ein, das qualifizierte Einwanderung in den Arbeitsmarkt klar und einfach mithilfe eines

Punktesystems regelt.

Sie fordert, dass Deutschland stärker als bisher seine Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik im Sinne des Vernetzten Ansatzes neu ausrichten muss.

Als Gegenmaßnahme zur Regulierung des Wohnungsbaus möchte sie den Neubau von Wohnungen attraktiver machen und bspw. die jährliche Abschreibungsrate für Gebäude von 2 auf 3% erhöhen. Ebenso möchte sie die Mietpreisbremse abschaffen.

Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann wurde vom Bundesvorstand zur Spitzenkandidatin für die Europawahl 2024 nominiert.

Elena Harbring



STRACK-ZIMMERMANN-Interview: Es ist unsere Aufgabe, die Sicherheit Deutschlands und Europas zu gewährleisten.

FDP-Präsidiumsmitglied Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann gab der „WirtschaftsWoche online“ das folgende Interview. Die Fragen stellte Max Biederbeck:

Frage: Frau Strack-Zimmermann, wo stand die Bundeswehr vor zwei Jahren, wo ist sie heute, wo muss die Reise hingehen?

Strack-Zimmermann: Wenn Sie die Zeit vor zwei Jahre betrachten, befinden wir uns heute in einer anderen Welt und Lichtjahre von der damaligen Politik entfernt. Wir haben ein 100-Milliarden-Sondervermögen auf den Weg gebracht, um die Bundeswehr zu modernisieren und die überfallene Ukraine zu unterstützen. Wir sind aus dem Dornröschenschlaf gerissen worden und sind jetzt auf dem Weg, Fähigkeiten aufzubauen, um das Land im Bündnis gegen Angriffe von Außen zu verteidigen.

Frage: Das heißt?

Strack-Zimmermann: Die Soldatinnen und Soldaten und auch viele Bundesbürger haben längst verstanden, in welcher Realität wir sicherheitspolitisch angekommen sind.

Mit seinen neuen Reformen macht es der Minister jetzt genau richtig. Es ist nicht nur eine Frage des Geldes, sondern auch der veralteten Strukturen und der lähmenden Ministerialbürokratie, an die herangegangen werden muss, auch wenn es den einen oder anderen Schmerzen sollte. „Am Freitag um Eins, macht jeder seins“ ist vorbei. Es muss ein wirkungsvolles System entstehen, dass unsere Bedarfe definiert und den Herstellern militärischen Materials langfristig Planungssicherheit garantiert. Die Industrie muss selbstverständlich dann auch zuverlässig liefern und ihrer Aufgabe nachkommen.

Frage: Eine Reform der Beschaffung und der Bürokratie wird seit Jahren gefordert. Experten sehen nun sogar einen gegenteiligen Trend, den Rückfall in den Friedensmodus.

Strack-Zimmermann: Natürlich gibt es Männer und Frauen, die sich schwer tun, ihre Arbeitsweise der Realität anzupassen – auch im Ministerium. Da wird sich der Minister durchsetzen – und von oben nach unten konsequent führen müssen. Wenn Sie aber bei der Truppe sind, sehen Sie in engagierte und zufriedene Gesichter, sobald das neue Material sie erreicht. Die Maßnahmen beginnen zu wirken. Und deswegen stelle ich mich aktuell auf die Seite derer, bei denen das Glas halbvoll und nicht halbleer ist.

Frage: Die Industrie liefert also ab?

Strack-Zimmermann: Viele Firmen stellen mehr Mitarbeiter ein und erweitern

ihre Fertigungsanlagen. Nehmen Sie beispielsweise das Unternehmen, welches zur Abwehr von Hubschraubern, Flugzeugen, Drohnen und Kurzstreckenraketen das Flugabwehr-Raketen-System IRIS-T herstellt. Dieses System rettet täglich hundert Menschen in der Ukraine das Leben. Jetzt wird die Kapazität deutlich hochgefahren. Wo wir vor knapp zwei Jahren blank standen, wird jetzt produziert. Die Rüstungsindustrie scheint mir, sofern sie langfristige Verträge bekommt, bereit zu sein. Die Frage ist, sind wir es als Gesellschaft.

Frage: Der Minister spricht am heutigen Freitag auf der Bundeswehrtagung mit Soldatinnen und Soldaten über die nächsten Herausforderungen der Zeitenwende. Es geht um das Szenario multipler Konflikte. Von der Sahelzone über den Nahen Osten, dem Westbalkan und der Ukraine. Ist denn die Bundeswehr überhaupt dafür bereit?

Strack-Zimmermann: Seit 2014, nach der russischen Annexion der Krim, rückte die Landes- und Bündnisverteidigung wieder in den Vordergrund. Die internationalen Einsätze schienen weniger relevant. Beides wird aber von Bedeutung sein. Auch Auslandseinsätze werden weiter eine Rolle spielen, um in Krisenregionen stabilisierend zu wirken, und um gegebenenfalls zu verhindern, dass Massenflucht und Terror den europäischen Kontinent erreichen. Wir müssen die Konflikte analysieren, priorisieren und gemeinsam mit der EU, der NATO oder der UN auf sie reagieren.

Frage: Die Inspektoren der Bundeswehr betonen, dass die Truppe schon jetzt am Anschlag arbeitet, um die Ukraine zu unterstützen. Noch einmal: Wie soll da noch mehr gehen?

Strack-Zimmermann: Wir sind immer im Verbund unterwegs. Kein Land kann alleine in Sicherheit leben bzw. sich wirkungsvoll verteidigen. Jedes Land hat bestimmte Fähigkeiten, die zusammengeführt ein Ganzes bilden. Wenn wir also gezielt in unsere Fähigkeiten investieren, stärken wir damit das ganze Bündnis. Ich spreche von Arbeitsteilung bei der Abwehr multipler Krisen. Raushalten und sich wegducken ist jedenfalls für eine so große Volkswirtschaft wie Deutschland keine Option und bestenfalls naiv.

Frage: Wie stark sehen Sie die Nato nach den vergangenen zwei Jahren und in Anbetracht des wachsenden Drucks im Mittleren Osten und im Pazifik?

Strack-Zimmermann: Die Partner rücken auch in Europa enger zusammen. Möglicherweise wird es noch viele Jahrzehnte dauern, aber eines Tages werden wir bestenfalls neben den nationalen Ar-

meen gemeinsam eine starke europäische verteidigungsbereite Streitkraft bilden.

Frage: Gerade sieht es eher nicht danach aus. Bald könnte Donald Trump wieder ins Weiße Haus einziehen. Damit droht ein Cut für die Ukraine-Hilfe und auch ein Cut für die Nato. Das steht solchen Träumen entgegen, oder?

Strack-Zimmermann: Uns verbindet mit den USA eine tiefe Freundschaft. Wir haben in der Tat erleben müssen, dass sich mit Präsident Trump Selbstverständlichkeiten auflösen. Joe Biden dagegen ist ein verlässlicher Partner, der um die strategische Bedeutung Europas weiß. Ohne die US-militärische Unterstützung wäre unsere Sicherheit heute nicht gewährleistet. Wir müssen daher in Europa Sicherheitspolitik anders denken, anstatt auf die nächste US Wahl zu starren wie das Kaninchen auf die Schlange.

Frage: Aber genau das passiert doch gerade, alle starren?

Strack-Zimmermann: Wir haben es in Europa in den vergangenen drei Jahren in der „Trumpfreien“ Zeit versäumt, uns mehr um unsere Sicherheit zu kümmern. Wohl wissend, dass wir uns nicht nur und immer auf die USA verlassen können.

Frage: Mit den US-Wahlen kommendes Jahr steht dieser Wandel unmittelbar vor der Tür. Ganz konkret: Was, wenn Donald Trump dann auf die Bühne tritt und nicht mehr mitspielen möchte?

Strack-Zimmermann: Ich spekuliere nicht. So oder so müssen wir uns emanzipieren und innerhalb der NATO eine stabile europäische Säule aufbauen.

Frage: Wie?

Strack-Zimmermann: In der kommenden Legislatur plant die EU einen Verteidigungsausschuss zu etablieren. Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine arbeiten die EU-Staaten sicherheitspolitisch deutlich enger zusammen. Der seit 2017 existierende Europäische Friedensfazilität-Fonds wurde mit mehr Mitteln ausgestattet und eine gemeinsame Munitionsbeschaffung organisiert. Das wäre vor zwei Jahren noch undenkbar gewesen.

Frage: Und Deutschland im Speziellen?

Strack-Zimmermann: Deutschland ist das viertwohlhabendste Land der Erde. Die EU-Partner warten darauf, dass wir bereit sind, Führung zu übernehmen. Das betrifft übrigens auch die Unterstützung und Lieferung militärischen Materials an die Ukraine.

Frage: Das wird Geld kosten. Nach 2026

wird das Sondervermögen aber aufgebraucht sein. Dann erzeugen neu eingekaufte Panzer und Kampfflugzeuge auch noch Folgekosten. Expertinnen sind sich einig, dass die Mittel hinten und vorne nicht reichen werden.

Strack-Zimmermann: Sobald das 100-Milliarden-Sondervermögen verplant ist, werden wir spätestens 2026/27 das Zweiprozentziel im Haushalt verankert haben. Das ist nicht nur die Ansage unseres Finanzministers, sondern auch die des Kanzlers, des Verteidigungsministers und der Außenministerin.

Frage: Allein der Plan dafür scheint zu fehlen... Hinter den Kulissen witzeln einige Abgeordnete schon über ein zweites Sondervermögen.

Strack-Zimmermann: Wir brauchen eine entsprechend solide mittel- und langfristige Finanzplanung und kein weiteres Sondervermögen.

Frage: Aber woher sollen die zehn bis 20 Milliarden Euro mehr im Jahr für die Verteidigung plötzlich kommen?

Strack-Zimmermann: Es ist unsere Aufgabe, die Sicherheit Deutschlands und Europas zu gewährleisten. Das ist die Basis einer intakten Gesellschaft. Wenn die innere und äußere Sicherheit nicht garantiert ist, dann werden wir über andere Themen definitiv nicht mehr sprechen.

Frage: Ihren Kampfgeist in Ehren, aber bereits dieses Jahr gab es heftigen Streit um den Haushalt, ihr Parteichef Christian Lindner (FDP) will sparen. Markige Worte ändern das nicht?

Strack-Zimmermann: Einen Haushalt aufzustellen, ist eine Königsdisziplin. Natürlich diskutieren die verschiedenen Ressorts über die Verteilung des Geldes. Das ist so alt wie die Menschheit. Umso wichtiger ist es, genau hin zu schauen, wohin das Geld fließt, sonst würde dieser Haushalt komplett geplündert werden und zwar auf Kosten der nachfolgenden Generationen.

Frage: Das beantwortet noch nicht meine Frage, wo das Geld herkommen soll...

Strack-Zimmermann: Wenn Sie in eine Wohnung ziehen, sollten sie die Türen und Fenster sichern. Ansonsten brauchen Sie sich keine Gedanken mehr über Ihre Einrichtung zu machen. Wenn Sie in Kriegsgebieten unterwegs sind, nehmen Sie die Ukraine, dort kämpfen die Menschen seit 18 Monaten ums nackte Überleben. Sicherheit ist elementar und muss uns etwas wert sein. Das muss jedem klar sein. Und wem es nicht klar ist, dem sollten wir es erklären.

Mobilität stärken: Angebotsvielfalt ausbauen, statt Autos ideologisch zu bekämpfen

Wir brauchen in Deutschland eine sichere, nachhaltige und bezahlbare Verkehrspolitik.

Dies gilt in den Städten und Ballungsgebieten, aber umso mehr auf dem Land. Die Angebote müssen vielfältig und individuell sein. Deshalb braucht es für eine moderne Infrastruktur und technologische Innovationen mehr Selbstbestimmung und Freiraum für alle Formen der möglichen Fortbewegung. Keine ideologischen Einschränkungen sollen die möglichen technischen Entwicklungen schon im Vorfeld ausschließen.

Wir wollen die Interessen und Wünsche der Bürgerinnen und Bürger aufgreifen und keine Verkehrskonzepte gegen ihren Willen durchsetzen.

Deshalb lehnen wir die pauschale, ideologisch motivierte Einschränkung des Autoverkehrs ab.

Gerade, im ländlichen Raum erleben wir doch täglich die Probleme des ÖPNV mit Pünktlichkeit, Angebotsdichte und Zuverlässigkeit. Wer häufig, bei widrigen Witterungsbedingungen, auf einen verspäteten Bus oder ausgefallenen Zug wartet, wird früher oder später auf ein Auto umsteigen.

Nach unserer Meinung wird sich das auch nicht in der mittelfristigen Zukunft ändern, denn die Zunahme der PKW's in Stadt und Land zeigt deutlich eine Entwicklung, anders als die von der politisch Meinung vorgegebene Sichtweise, dass Kraftfahrzeuge bei den Planungen zu berücksichtigen sind. Das Auto bleibt, egal mit welcher Antriebstechnik, für viele, gerade auf dem Land, das Fortbewegungsmittel der Wahl.

Das bedeutet aber trotzdem, auch den Ausbau der Fahrradwege, des Schienennetzes und des öffentlichen Nahverkehrs zu fördern und zu verstärken. Die Verkehrsträger sollen sich nicht gegeneinander ausspielen, sondern sich sinnvoll ergänzen.

Deshalb fordern wir Freien Demokraten: Den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur für alle Verkehrsträger, damit sie den sich verändernden individuellen Bedürfnissen angepasst wird. Die Planungs- und Genehmigungsprozesse müssen dafür beschleunigt werden.

Der öffentlich Nahverkehr muß dringend zu einem leistungsstarken Mobilitätsträger ausgebaut werden. Viel zu lange wurde das vernachlässigt. Die bestehenden Tarifstrukturen müssen vereinfacht und vereinheitlicht werden. Das Deutschlandticket ist ein gutes Beispiel dafür.

Ausbau der Elektromobilität durch eine flächendeckende und funktionierende Ladeinfrastruktur. Schnellladesäulen nicht nur an den Haupttrouten, sondern auch im ländlichen Raum an Bundes- und Landstrassen. Förderung von Ladepunkten in Quartieren und Tiefgaragen. Der Masterplan Ladeinfrastruktur, ist deshalb eine vom Verkehrsmister gut initiierte Maßnahme. Wesentlicher Faktor der Bereitschaft zum

Umstieg auf die Elektromobilität ist aber die Bereitstellung von kostengünstigen und ausreichenden Strom.

Der Ausbau und die Förderung eines öffentlichen Grundnetzes für Wasserstofftankstellen kann ebenfalls zur klimafreundlichen Transformation des Individualverkehrs beitragen.

Unverhältnismäßige Eingriffe, wie Fahrverbote, flächendeckende Tempo 30 Zonen führen nach Meinung der Freien Demokraten in unseren Städten nicht zum Ziel einer Mobilitätswende in einer freien und technologieoffenen Gesellschaft.

Die Reduzierung von Parkplätzen, führt letztlich zur Abwanderung der Kundenströme aus den Städten, hin zu Einkaufszentren auf der grünen Wiese. Gerade die Bevölkerung im ländlichen Raum benötigt ein gut funktionierendes Parkraumkonzept in den Städten, um bei fehlenden ÖPNV-Angeboten, noch einen Anreiz für den Besuch der Innenstädte zu haben. Auch klimafreundliche e-Autos benötigen Parkraum.

Wir fordern ebenfalls den Ausbau von guten Radwegen in und hin zu den Zentren, mit der Anbindung an Bus, Bahn und Carsharing Angeboten.

Die weitere Stärkung und Ertüchtigung des ÖPNV ist unser erklärtes Ziel für ein verträgliches und gleichberechtigtes Mobilitätskonzept.

Rahmenbedingungen zur Entwicklung innovativer Mobilitätsmodelle, wie Lenkung der Verkehrsströme, autonomes Fahren im ÖPNV, Vernetzung aller Verkehrsträger und effizientere und damit klimafreundliche Angebote, müssen verbessert werden.

Dr. Hartmut Pfeiffer



Verfahrenere Wohnsituation für Geflüchtete und Wohnungslose in Telgte – Ist das Zuweisungsverfahren gerecht?

Wie für unzählige Kommunen in Deutschland ist es auch für Telgte eine Herkulesaufgabe, die vielen Geflüchteten aber auch Wohnungslosen unterzubringen. Seit der großen Flüchtlingswelle 2015 mietet die Stadt fast jede private Wohnung an, die angeboten wird und eine würdige Unterbringung und Integration ermöglicht. Hinzu kommen Containerunterkünfte wie am Schwimmbad, am alten Recyclinghof, oder im Orkotten. Auch die 2-fach Sporthalle am Schulzentrum ist seit geraumer Zeit für die Unterbringung von Geflüchteten hergerichtet und steht so dem Schul- und Vereinssport nicht zur Verfügung. Dies geht mit enormen Kosten einher, die die Stadt vom Land nicht komplett erstattet bekommt und somit den städtischen Haushalt massiv belasten. Der Personalaufwand in der Verwaltung ist immens. Trotz der Tatsache, dass Telgte am absoluten Limit arbeitet, werden immer mehr Geflüchtete Telgte zur Unterbringung zugewiesen. In der Presse war in diesem Zusammenhang zu lesen, dass es z.B. Warendorf geschafft hat, bei der Bezirksregierung in Arnsberg einen temporären Zuweisungsstopp zu erwirken. Auch Telgte hat dies über eine sogenannte Überlastungsanzeige schon versucht, ist aber bis jetzt immer gescheitert. Die Situation ist verfahren und oft nicht nachvollziehbar. In diesem Artikel wollen wir versuchen, das komplizierte Verfahren zu erklären.

Zunächst werfen wir einen Blick auf das Asyl- und Verteilverfahren: Im ersten Schritt registrieren sich Geflüchtete bei einer staatlichen Stelle und stellen ihren Asylantrag. Wenn der Geflüchtete einen Flüchtlingsstatus erhält und somit in Deutschland bleiben darf, hat er grundsätzlich einen Anspruch auf eine eigene

Wohnung und darf seinen Wohnsitz in Deutschland frei wählen. Wird der Asylantrag abgelehnt, wird eine sogenannte Duldung ausgesprochen und die Person wird ausreisepflichtig.

Während des Asylverfahrens werden die Geflüchteten nach dem „Königssteiner Schlüssel“ auf die Bundesländer verteilt. Werden Sie dem Bundesland Nordrhein-Westfalen zugeteilt, ist im Folgenden die Bezirksregierung Arnsberg dafür zuständig, die Geflüchteten den jeweiligen Kommunen zuzuweisen. Dabei wird ein Verteilschlüssel angewendet, der u.a. den Einwohneranteil einer Kommune an der Gesamtbevölkerung des Landes und dem Flächenanteil der Gemeinde an der Gesamtfläche berücksichtigt. Wenn eine Kommune wie Münster eine Landesunterkunft betreibt, werden die dort gemeldeten Plätze zum Teil von der berechneten Aufnahmeverpflichtung abgezogen. Die Bezirksregierung unterscheidet zwei Erfüllungsquoten: 1. nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz und 2. nach Wohnsitzauflage. Diese werden hier <https://www.bra.nrw.de/integration-migration/fluechtlinge-nrw/informationen-fuer-kommunen> wöchentlich aktualisiert veröffentlicht. Auffällig ist, dass nahezu alle Kommunen in NRW fast 100 % nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz erfüllen, bei den Erfüllungsquoten nach Wohnsitzauflage ist das Bild sehr unterschiedlich. Telgte liegt hier mit einer Quote von 147 % deutlich über dem Durchschnitt.

Das Problem stellt am Ende unser Wohnungsmarkt dar. Da es in Telgte keinen Markt gibt, verbleiben die Geflüchteten auch nach Abschluss des Asylverfahrens fast immer in den Unterkünften der Stadt und es werden keine Plätze für neuankom-

mende Personen frei. Selbst Geflüchtete aus dem Jahr 2015, die schon lange arbeiten und integriert sind, finden keinen eigenen Wohnraum. Diesen Umstand scheint die Bezirksregierung für Telgte nicht zu würdigen, ein Zuweisungsstopp konnte ja bislang nicht erreicht werden. Warum Warendorf dies gelungen ist, ist auch laut Aussage der Verwaltung in Telgte nicht transparent. Und zu allem Überfluss weist die Bezirksregierung sogar vereinzelt ausreisepflichtige Personen Telgte zu. Ergo müssen immer neue Unterkünfte errichtet werden, so ist z.B. im Orkotten noch eine weitere Containerunterkunft in Planung.

Wie kann das Problem gelöst werden? Zunächst braucht Telgte bezahlbaren

Wohnraum und auch die Abschiebung der Ausreisepflichtigen (in Telgte ca. 50 Personen) muss durch den Bund durchgesetzt werden. Unsere FDP-Fraktion hat übrigens in den letzten Jahren mehrere konkrete Standorte in Telgte für bezahlbaren Wohnraum in Telgte vorgeschlagen. Alle anderen Fraktionen, aber auch die Verwaltung, wollten diese allerdings nicht mitgehen. Wer jetzt die Rettung in Telgte Süd sieht: Dort ist noch kein Stein verbaut, wir könnten an anderer Stelle schon viel weiter sein. Mittel- und langfristig müssen wir uns in Deutschland darüber einig werden, wie viele Geflüchtete wir tatsächlich aufnehmen können.

Johannes Eickholt



Die Städtischen Finanzen – Haushaltssicherung oder Hilfe aus Düsseldorf

Der Kämmerer der Stadt Telgte stellt jeweils im Herbst den Entwurf zum städtischen Haushalt für das Folgejahr auf. Dabei ist er an die allgemein geltenden Haushaltsgrundsätze gebunden: stetige Aufgabenerfüllung, Beachtung der Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit, Haushaltsausgleich. Der Haushaltsentwurf weist aus, wie hoch voraussichtlich die Einnahmen und die Ausgaben der Stadt jetzt in 2024 sein werden. Zugleich muss der Kämmerer auch die Einnahmen und Ausgaben für die folgenden drei Jahre, also für 2025, 2026 und 2027 prognostizieren. Das versteht man unter der mittelfristigen Finanzplanung. Beschlossen vom Rat werden der Haushalt 2024 und die mittelfristige Finanzplanung als Satzung.

Eine wichtige Einnahmequelle im Haushalt sind immer die Steuern, besonders die Gewerbesteuer. Hier hat die Stadt in den letzten Jahren immer sehr hohe Einnahmen erzielt, weit mehr als sie geplant hatte. Als Folge waren die Gesamtjahresergebnisse der Stadt in den letzten Jahren immer sehr viel positiver als erwartet und der Kämmerer konnte dieses Geld in eine Ausgleichsrücklage einstellen für schlechtere Zeiten.

Die Ausgleichsrücklage ist zurzeit mit 16,5 Mio Euro sehr gut gefüllt.

Leider haben die schlechten Jahre jetzt begonnen. Die Planungen für 2023 weisen eine Gewerbesteuer von 14,3 Mio Euro im Haushalt aus; das Ergebnis zum Ende des Jahres 2023 wird voraussichtlich bei nur 10 Mio Euro landen; es fehlen also ca. 4 Mio Euro.

Neben dem Einbruch der Gewerbesteuer sind die steigenden Ausgaben für die weiter steigende Zahl der Flüchtlinge ein hoher Kostenfaktor im Haushalt. Und die Stadt Telgte leistet sich notwendige hohe Investitionen in Kitas, Schulen und die weitere Infrastruktur mit erhöhten Zinsbelastungen und Abschreibungen.

Der von der Stadt Telgte aufzustellende Haushalt ist dem Kreis Warendorf als Aufsichtsbehörde vorzulegen. Dieser akzeptiert einen Haushaltsentwurf, wenn der Haushaltsausgleich sichergestellt ist; dafür müssen die Erträge ausreichen, um die Aufwendungen zu decken. Der Kämmerer der Stadt erreicht in 2023 diesen Haushaltsausgleich nur, indem er das jetzt schon sicher entstehende negative Rechnungsergebnis mit den Mitteln aus der gut gefüllten Ausgleichsrücklage ausgleicht. Und dafür ist die Ausgleichsrücklage auch gedacht. Auch für das

Jahr 2024, das ebenfalls nach der Prognose des Kämmerers ein negatives Haushaltsergebnis ausweisen wird, stehen noch Mittel aus der Ausgleichsrücklage zur Verfügung. Ob diese Mittel noch ausreichen, um die Verluste in 2024 vollständig abzudecken, ist zurzeit unsicher. Und jetzt wird es für den Haushalt kritisch:

Der Kämmerer kann den notwendigen Haushaltsausgleich, wenn die Mittel aus der Ausgleichsrücklage fehlen, dann nur dadurch schaffen, dass er auf die sog. allgemeine Rücklage der Stadt zurückgreift. Diese allgemeine Rücklage ist dafür aber grds. nicht gedacht; sie steht als reiner Buchungsposten als „Vermögen“ der Stadt nur auf dem Papier. Und deshalb darf diese Rücklage nach derzeitiger Gesetzeslage auch nur unwesentlich nach ganz engen Regeln verringert werden. Und diese engen Regeln würde die Stadt Telgte in der derzeitigen finanziellen Situation nicht einhalten können. Folge wäre ein Haushaltssicherungskonzept und die Haushaltssicherung mit massiven Eingriffen in die kommunale Finanzhoheit.

Neben Telgte stehen im Jahr 2024 geschätzt 40 % der Kommunen in NRW vor der Haushaltssicherung. Diese kritische Situation hat die Landesregierung in NRW auch erkannt und sucht nach Hilfen. Da das Land

den Kommunen finanziell nicht unter die Arme greifen kann, arbeitet man in Düsseldorf an einer Reform der Regelungen zum Rückgriff auf die allgemeine Rücklage. Im Februar 2024 wird eine Gesetzesänderung erwartet, die rückwirkend auf die auch bereits beschlossenen Haushalte für 2024 anzuwenden sein wird. Darin werden die Regelungen für den Rückgriff auf die allgemeine Rücklage deutlich gelockert. Einzelheiten zu den Regelungen sind noch nicht amtlich. Telgte wird es helfen; die Gefahr der Haushaltssicherung scheint gebannt. Dabei sollte man allerdings immer bedenken, dass durch diese bilanziellen „Hilfen“ aus Düsseldorf nicht mehr Geld in der Kasse ist, die finanzielle Situation der Stadt weiterhin sehr angespannt ist. Sparen ist das Gebot der Stunde.

Karin Horstmann



Elektromobilität in Telgte

Erfreulicherweise nimmt die Zahl ausschliesslich elektrisch angetriebener Kraftfahrzeuge zu.

Das gilt auch für den Kreis Warendorf und das Telgter Stadtgebiet.

Aber hat denn der Ausbau der Ladeinfrastruktur im gleichen Maße zugenommen?

Für die Stadt Telgte muß man das glatt verneinen. Bisher gibt es nur wenige öffentliche Lade-punkte der Stadtwerke SO, nämlich deren fünf und nur geringer Ladekapazität (22 KW).

Dazu gesellen sich wenige private, öffentlich zugängliche Ladestationen, worunter sich ein Schnelllader mit 60 KW Leistung befindet. Das ist wahrlich nicht viel und für eine Stadt, die sich die Energiewende und Klimaneutralität auf die Fahnen geschrieben hat, ein Armutszeugnis.

Ankündigungen der Stadtwerke gab es bisher genug. Es wurde versprochen an verschiedenen Orten im Stadtgebiet, als auch in Westbevern und Vadrup, weitere Ladesäulen aufzustellen.

Geschehen ist bisher nichts.

Nach den neuesten Vorstellungen sollen nun zeitnah weitere 22KW Ladesäulen im Stadtgebiet, sowie in Westbevern und Vadrup errichtet werden. Auf dem Parkplatz

Dümmert ist eine Schnellladesäule zum Frühjahr 2024 geplant. Hoffen wir, dass es endlich weitergeht, wobei der Ausbaustand auch dann nicht den Erfordernissen genügen wird.

Für den Wandel der Mobilität hin zu Elektrofahrzeugen gehört zwangsläufig eine gute Ladeinfrastruktur. Das bedingt auch Schnellladesäulen mit der Möglichkeit, innerhalb kurzer Zeit (30 Min.) ein Auto bis zu 80% aufzuladen. Im Hinblick auf den Mangel an Ladesäulen in Wohnquartieren, sind diese unbedingt erforderlich. Natürlich können viele Eigenheimbesitzer ihr Fahrzeug bequem zu Hause an der eigenen Wallbox laden, aber die Fahrzeughalter ohne diesen Komfort, sind auf Schnelllader angewiesen. Wer will schon stundenlang auf das Ladeende warten, wenn das Auto an einer 11KW -Säule steht?

Was geschieht mit denen, die auf den Bundesstrassen schnell Strom benötigen? Schnellladepunkte nahe der B51/64 könnten hier hilfreich sein.

Des Weitern fehlt es nach unserer Meinung an Unterstützung beim Ausbau der Netzinfrastruktur für diejenigen Unternehmer, die auf privatem Grund öffentliche Ladesäulen errichten wollen. Wir können

die Stadtwerke nur ermutigen, hier zügig umzudenken und den Ausbau der Ladenetze voranzutreiben. Soll das Ziel von 15 Millionen e-Autos bis 2030 erreicht werden, müssen auch die Energieversorger ihren Beitrag zum Ausbau der Ladenetze beitragen. Dies wurde auch auf einem kürzlich

durchgeführten Spitzengespräch der Bundesregierung mit der Autoindustrie und Energiebranche deutlich. Somit sollten auch unsere heimischen Stadtwerke ihren Beitrag dazu leisten.

Dr. Hartmut Pfeiffer



Nachruf

Wir trauern um



Alfred Edelhoff

der am 28. September 2023 im Alter von 67 Jahren nach schwerer Krankheit verstorben ist.

Wir verlieren mit Alfred Edelhoff einen über viele Jahre engagierten Kommunalpolitiker und Freund. Er trat der FDP bereits im Jahr 1975 bei. Er war Mitglied in der FDP-Fraktion als gewähltes Ratsmitglied und später als sachkundiger Bürger. Über viele Jahre gehörte er als Parteimitglied zum Vorstand der FDP Telgte. Als engagierter Forstbeamter widmete er sich besonders in den letzten Jahren verstärkt dem Umweltschutz. Er war deshalb auch unser Vertreter im Ausschuss für Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Mobilität.

Alfred Edelhoff war ein liberaler Geist und engagierter Mitstreiter, der uns fehlen wird.

Unser ganzes Mitgefühl gilt seiner Familie.

FDP Ortsverband Telgte
Dr. Oliver Niedostadek

FDP-Fraktion im Rat der Stadt Telgte
Karin Horstmann

„Freiheit ist nicht
Freiheit zu tun, was man will,
sie ist die Verantwortung,
das zu tun,
was man tun muss.“

Yehudi Menuhin (1916 - 1999)

Quartier an der Kornbrennerei Warum tut sich nichts auf der Baustelle?

Seit dem Frühjahr dieses Jahres leben wir mit einer großen Baustelle in der Innenstadt, die sowohl die Geschäftsleute, als auch die Besucher der Telgter Altstadt vor große Herausforderungen stellt.

Nach den Abrissarbeiten im Mai, mit viel Staub und Lärm, wurden im Juli die Träger für die Stabilisierung der Baugrube eingebracht. Ein großer Kran macht die Baustelle von Ferne schon sichtbar und die Archäologen begannen nach Überresten aus vergangenen Zeiten zu suchen.

Dies ist jetzt alles schon einige Wochen her, aber in den letzten zwei Monaten ist es sehr still auf der Baustelle, der Baufortschritt ruht. Was ist da los? Nach den Plänen der ausführenden Firmen, sollte doch im August mit den eigentlichen Bauarbeiten begonnen werden. Die bisherige Zeitplanung geht von einer Bauzeit von ca. 2 Jahren aus. Eine lange und beschwerliche Phase mit vielen Behinderungen für die gesamte Altstadt.

Nach Aussage eines leitenden Mitarbeiters der ausführenden Baufirma Averbeck ist geplant, die Wärmeversorgung mit

Geothermie sicherzustellen. Dafür müssen nach Berechnungen ca. 35 Bohrungen von 100 m Tiefe durchgeführt werden. Erste Probebohrungen brachten nicht die erhofften Ergebnisse, so dass man neue Berechnungen anfertigen musste.

Zwischenzeitlich liegen aber neue Modellrechnungen vor, die von den vorherigen Planungen ausgehen. Das alles muss noch vom Bauamt des Kreises Warendorf genehmigt werden, um dann wieder tätig werden zu können. Die Genehmigungen liegen derzeit noch nicht vor. Deshalb geht man nicht mehr von einer Fortführung der Bauarbeiten in diesem Jahr aus. Wenn der Kreis den Bohrungen für die Geothermieleitungen zugestimmt hat, müssen die ausführenden Firmen wieder an die Baustelle zurückgeholt werden, um die Arbeiten fortzusetzen.

Wir hoffen doch alle, dass der Baufortschritt bald zügig vorangeht und freuen uns auf eine deutlich verbesserte Einkaufs- und Wohnsituation im Stadtkern.

Dr. Hartmut Pfeiffer



- Weihnachtsbäume frisch geschlagen
- Zum Selberschlagen mit unseren Elektrocaddies

Pflanzenhof Woltering

an der Warendorfer Straße zwischen Münster und Telgte
Öffnungszeiten: Mo - So 9 - 18 Uhr

Wir vertreten die Interessen der FDP im Rat der Stadt Telgte



Karin Horstmann

Fraktionsvorsitzende

karin.horstmann@fdp-telgte.de



Dr. Oliver Niedostadek

Ortsvorsitzender

oliver.niedostadek@fdp-telgte.de



Johannes Eickholt

johannes.eickholt@fdp-telgte.de



Dr. Hartmut Pfeiffer

hartmut.pfeiffer@fdp-telgte.de

Liebe Leserinnen und Leser,

Die FDP-Telgte wünscht Ihnen und Ihren Familien und Freunden besinnliche Feiertage und ein frohes neues und friedliches Jahr 2024

Frohe Weihnachten wünscht Ihre

Ortsverband Telgte **FDP**

www.fdp-telgte.de